



Herausforderung Bildung

Aus unserer Sicht

Von Päckchen und Paketen,
die zu (er)tragen sind ... 3

Thema



Maß genommen – Mangel erlassen –
Maßnahme(n) ergriffen 4-7
Vorstellung der neuen schul- und bildungspoliti-
schen Sprecherinnen und Sprecher in NRW 8-10
„Die Anhebung der Eingangsbesoldung für
alle Lehrämter auf A13 ist uns ein
wichtiges Anliegen.“ 11
Schulen in der Krise 12-13
Herausforderungen an die Kitas 14-15

Berufliche Orientierung
an Schulen weiter stärken 16-17
Wenn sich mal eben alles ändert 18

Berufspolitik

Chance zur Normalität? 20
Fachfremd unterrichten 21
Der gemeinsame Bildungs- und
Erziehungsauftrag 22
Wir stellen die VBE-Frauenvertretung vor 23

Nachrichten

Steigende Schülerzahlen 24-25

VBE-Newsletter

Nachrichten aus dem Bundesverband 26-27

Veranstaltungen

STARKE Bildung, STARKE Menschen.
Delegiertenversammlung 2022 28

VBE-regional

KV Olpe, StV Hagen,
BV Düsseldorf, OV Lüdenscheid 29-30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint mindestens achtmal jährlich

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (VBE NRW e.V.)
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 425757-0, Fax: 0231 425757-10

Produktion:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 420061, Fax: 0231 433864
Internet: www.vbe-verlag.de

Anzeigen:
DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Tel.: 02102 74023-0, Fax: 02102 74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Tel.: 02102 74023-715
Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Tel.: 02102 74023-714
Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 74023-712
Preisliste 17, gültig ab 1.1.2022

Redaktion:
Melanie Kieslinger (Schriftleiterin)
E-Mail: melanie.kieslinger@vbe-nrw.de
Stefan Behlau
Internet: www.vbe-nrw.de
Alexander Spelsberg
E-Mail: a.spelsberg@vbe-nrw.de

Druck:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druckmedien,
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Verlag:
DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,
Tel.: 030 7261917-0, Fax: 030 7261917-40,
Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Satz und Layout: my-server.de - GmbH
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelfoto, S. 2 u. S. 32: Michael Rosskothlen / shutterstock.com

Anschriftenverwaltung:
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Für Mitglieder ist der Bezugspreis dieser Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag.
Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 33,00 Euro zzgl. 7,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.;
Mindestlaufzeit 1 Jahr, Einzelheft 3,30 Euro zzgl. 1,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.
Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag
eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
zugedander Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X
Druckauflage: 24.300 (IVW 2/2022)



Von Päckchen und Paketen, die zu (er)tragen sind ...



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Paket – so lautet für mich das Wort der Stunde.

Aber es ist weniger das Geburtstagspaket noch der durchaus frühe Hinweis auf ein Weihnachtspaket, das es zu bestellen gälte und es ist auch nicht das mittlerweile schon sprichwörtlich gebräuchliche Zalando-Paket.

Vielmehr denke ich an die vielzähligen Schnürungen der unterschiedlichsten Pakete durch Bundes- oder Landesregierungen.

Derzeit in aller Munde sind die Entlastungspakete, die uns allen aus Berlin zugestellt werden und bei denen auch die Landesregierungen eingebunden sind, ob sie es wollen oder nicht. Akute Konsequenzen oder Spätfolgen – auch für den nordrhein-westfälischen Bildungshaushalt beziehungsweise die Aussagen des Koalitionsvertrags – sind derzeit nicht absehbar.

Und im Speziellen denke ich zudem an die Maßnahmenpakete gegen den Lehrkräftemangel, die bereits von mindestens zwei Landesregierungen zusammengestellt, eingepackt, verschnürt und an die Schulen im Land versandt worden sind. Das waren auch bereits vier an der Zahl. (Mehr zu der Geschichte dieser Pakete finden Sie übrigens auch in der aktuellen Schule heute.)

Ehrlicherweise muss zugestanden werden, dass manche dieser gut gemeinten Maßnahmenpakete entweder den Weg der Retourne gegangen sind, weil sie einfach nicht passgenau waren. Was im Retourne weltmeisterland Deutschland nicht verwundern mag und vielleicht auch daran liegt oder lag, dass die jeweilige Landesregierung beim Ermessen der Problemgröße falsche Maßstäbe angewandt hatte.

Und andere konnten leider gar nicht erst zugestellt werden, da entweder in den Schulen aufgrund des Personal- und daraus resultierenden Zeitmangels den Paketboten die Türen nicht geöffnet werden konnten oder die Empfänger bereits unbekannt verzogen waren.

Gewisse Gemeinsamkeiten zeichnen diese Art der Pakete übrigens in der Regel aus. Sie sind stets gut gemeint, weisen so manches Mal zumindest auf die offene Wunde, ohne gleich den Finger hineinzulegen, und werden durch starke, markige Worte angekündigt und begleitet, die in der Regel leider den Inhalten der Pakete selten standhalten können.

Ohne Zweifel sind Verpackung, Geschenkpapier oder bunte Schleifen wichtig bei großen Paketen, aber am langen Ende müssen die Maßnahmen überzeugen. Und das haben sie leider gerade bei den Maßnahmenpaketen der Landesregierungen in NRW letztlich nicht vermocht.

Ich würde mir wünschen, dass die Landesregierung den Ernst der Lage – gerade auch im Bildungsbereich – erkennt und Verantwortung übernimmt. Kommende Pakete müssen passgenau sein, die Adressaten – Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte und das pädagogische Personal – erreichen und dürfen vor allem nicht weiter hinausgezögert werden. Es wurde bereits viel zu lange gezögert. Ich würde mir wünschen, dass sich die Politik nicht zwischen den Paketbändern verheddert, über leere Paketkartons stolpert und neben Maßnahmen zur Personalgewinnung, neben der angekündigten Fachkräfteoffensive in der Bildung auch endlich ein wirksames Paket schnürt zur Erhaltung unserer Lehrkraft und unserer Fachkraft an den Schulen und Bildungseinrichtungen in NRW. Das wäre dann das Paket der Stunde.

Und jetzt wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre bei der aktuellen Ausgabe der Schule heute, die sich der „Herausforderung Bildung“ aus vielerlei Blickwinkeln nähert.

Mit besten Grüßen

Ihr

Stefan Behlau,
Landesvorsitzender VBE NRW

P.S: Kurz vor Drucklegung der Schule heute erreichte uns noch ein Express-Paket der Landesregierung in Sachen A13. Mehr dazu erfahren Sie auf www.vbe-nrw.de.



Maß genommen - Mangel erlassen - Maßnahme(n) ergriffen

Herausforderung Lehrkräftemangel
oder
Die Geschichte der Maßnahmenpakete zur Gewinnung von Lehrkräften

© Michael Roskothien / shutterstock.com

Es wird Maß genommen, gemessen und vermessen und dann, wenn das Ausmaß einer Angelegenheit erlassen wurde, folgt eine angemessene Maßnahme. So könnte das Wort Maßnahme also eigentlich hoffnungsfroh stimmen, da es die abgemessene Antwort auf eine Herausforderung – beispielsweise den Lehr- und Fachkräftemangel – sein könnte.

Doch die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Und die Wirklichkeit zeigt uns auch, dass es mehr als einer Maßnahme bedarf, um dem Mangel entgegenzuwirken. Die Wirklichkeit hat uns sogar ganze Maßnahmenpakete mit auf den Weg gegeben. Doch die einzige Konstante bleibt der Mangel.

Die Geschichte der Maßnahmen fängt bereits im Jahr 2017 an, als die Vorgängerregierung plötzlich erkannte, dass es mit den „demografischen Gewinnen“ doch nicht so weit her war und es „örtlich, schulform- oder fächerspezifische Personalgewinnungsschwierigkeiten“ gab, wie es in einer Schulmail vom 23. Februar 2017 durch den damaligen Staatssekretär erläutert wurde. Die Lösung wurde im Aussetzen der Hinzuverdienstgrenze bei Pensionärinnen und Pensionären, einem Besoldungszuschlag bei Hinausschieben des Ruhestands und in der großzügigeren Anerkennung förderlicher Zeiten für die Gewinnung von Lehrkräften im Tarifbeschäftigtenverhältnis gesehen. Damit müsste es reichen, diese Trias der gelingenden Maßnahmen würde den örtlichen, schul-

form- oder fächerspezifischen Personalgewinnungsschwierigkeiten den Garaus machen, wurde gedacht. Zu diesem Zeitpunkt war übrigens auch der Seiteneinstieg in den Grundschulen für die Fächer Kunst, Musik und Sport bereits etabliert. Ein Instrument des Bekämpfens der Personalgewinnungsschwierigkeiten, das die Schulformen der Sekundarstufe I bereits seit 2009 kannten. Und auch die Maßnahme VOBASOF, die bereits seit 2012 existiert, darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden – eine Maßnahme, die ergriffen wurde, um den Mangel an sonderpädagogischen Lehrkräften aufzufangen.

Im Jahr 2018 gab es trotz des Regierungswechsels eine Konstanz, nämlich das weitere Werben um dienstverfahrene Kolleginnen und Kollegen – die Gewinnung von Pensionärinnen und Pensionären für den Schuldienst mit den oben bereits beschriebenen Mitteln. Konstant blieb zudem der Mangel, der mit weiteren Maßnahmen angegangen wurde. Der Landesregierung war es wichtig, dass ohne Denkverbote vorgegangen werde, aber auch die Qualität gewahrt bleibe, wie sie zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 in einer Schulmail (28. August 2018) betonte. Es wurde sogar ein Sechs-Punkte-Plan aufgelegt. Neben den Pensionärinnen und Pensionären wurden auch die Studierenden gezielt angesprochen, die Möglichkeit des Seiteneinstiegs erweitert, der Erwerb weiterer Lehramtsbefähigungen erleichtert, Oberstufenlehrkräfte für die Sekundarstufe I angesprochen und zusätzliche Stellen für Oberstufenlehrkräfte an den Gesamtschulen geschaffen. Die spektakulärste

Lenovo macht Schule.

Smarter
technology
for all

Lenovo

Smarter



Getestet für die Verwendung unter erschwerten Bedingungen wie Spritzwasser, Erschütterungen oder Staub – was auch immer der Schulalltag bringt. **Wir beraten Sie gerne, Tel. 0201 22099 844.**

 **Windows 11**

A more focused Start experience

www.lenovo.com/EDUCATION

Maßnahme war aber ohne jeden Zweifel die groß angelegte Werbekampagne „Job mit Pultstatus – Gönn Dir!“ – überaus erfolgreich und endlich der langersehnte „Gamechanger“ beim Kampf gegen den Mangel.

Es wurde einfach viel zu lange im Blindflugmodus geglaubt, dass alles irgendwie schon laufen wird.

Oder vielleicht dann doch nicht ... Denn schon 2019 wurde schließlich das dritte Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften aufgelegt. Mit diesem sollten übrigens gezielt Schulen in den Blick genommen werden, „die je nach Region, Schulform und Fächerkombination besonders große Schwierigkeiten haben, ihre Stellen zu besetzen“, wie es in der Pressemitteilung des Ministeriums vom 21. November 2019 hieß. Und wer jetzt denkt, dass ihm diese Worte bekannt vorkommen, der kann sie – zumindest sehr ähnlich – im Abschnitt über das Jahr 2017 wiederfinden. Regierungen und Maßnahmenpakete kommen und gehen – Worte und Mangelerscheinungen bleiben. Neben dem Klassiker der Pensionärinnen und Pensionäre – kaum zu glauben, aber sie haben es jährlich in die Top Ten der Maßnahmen geschafft – werden Studienplätze ausgebaut, die Möglichkeit des Erwerbs des Lehramts Grundschule für Gy/Ge-Lehrkräfte geschaffen, Einstellungsmöglichkeiten für Lehrkräfte mit einem allgemeinen Lehramt im GL der Sekundarstufe I eröffnet und nicht zuletzt eine Zuschlagsregelung bei schwer zu besetzenden Stellen eröffnet. Endlich, so wurde gedacht, war Maß genommen worden und die angemessenen Maßnahmen würden jetzt wirken.

Leider wieder einmal zu viel des Konjunktivs ... und das obwohl doch jeder Stein umgedreht worden war und es zum wiederholten Male keine Denkverbote gab. Denn auf das dritte Maßnahmenpaket folgte schon am 24. Juli 2020 das vierte. Halleluja! Aller guten Dinge sind doch vier – oder? Interessant und hervorzuheben ist übrigens an dieser Stelle, dass die Pensionärinnen und Pensionäre nicht mehr explizit aufgeführt werden. Wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass diese Maßnahme des dritten Pakets noch andauerte – oder es war aufgefallen, dass das auch irgendwie langweilig war. Nun denn, Maßnahmen des neuen Pakets waren die sogenannten Vorgriffsstellen, weitergehende Möglichkeiten für die befristete Beschäftigung

von Lehrkräften, die vorgezogene Einstellung sozialpädagogischer Fachkräfte, die Flexibilisierung der wöchentlichen Pflichtstunden und nicht zuletzt der zusätzliche selbstständige Unterricht von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern. Gerade die letzte Maßnahme durchaus unter dem Diktum zu betrachten, dass es zwar keine Denkverbote geben solle, aber die Qualität zu wahren sei, wie noch 2018 betont worden war. Wie die Qualität der Ausbildung zu wahren ist, wenn angehenden Lehrkräften die wichtige Ausbildungszeit gekappt wird, sollte auch ohne Verbot nicht gedacht werden.

Nach dem vierten Maßnahmenpaket war dann erst einmal Schluss. Im September 2021 wurde statt eines fünften Pakets nochmals sehr deutlich auf die erfolgten und erfolgreichen Maßnahmenpakete verwiesen und statt der umzudrehenden Steine wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mehr Lehrkräfte einzustellen. Hier endet zunächst die Geschichte der Maßnahmenpakete zur Gewinnung von Lehrkräften. Leider kann nicht gesagt werden: Ende gut – alles gut. Denn leider ist das Gegenteil nach wie vor der Fall. Eine Fortsetzung der Maßnahmenpaketeserie ist wohl wahrscheinlich – das ist wie bei Netflix: Genauso wahrscheinlich beziehungsweise real ist die weitere Konstanz des Lehr- und Fachkräftemangels in den Schulen, wie nicht nur die augenblickliche Situation zeigt, sondern auch die VBE-Studie zum Lehrkräftemangel (www.vbe.de) dramatisch darstellt.

Niemand darf den Regierungen vorwerfen, nichts gemacht zu haben – das wäre falsch. Aber richtig ist, dass einfach viel zu lange im Blindflugmodus geglaubt wurde, dass alles irgendwie schon laufen wird. Die Maßnahmenpakete sind auch einzeln betrachtet nicht alle falsch – aber sie gleichen eben einer ausschließlichen akuten Wundversorgung. Der Lehr- und Fachkräftemangel benötigt aber mehr als den bloßen Einsatz vieler kleiner und kleinster Pflaster oder Verbände, der Lehr- und Fachkräftemangel benötigt endlich eine nachhaltige und langfristige Therapiemaßnahme, die zu einer echten Rekonvaleszenz führt.

Hinweis: Auf www.schulministerium.nrw können die Pakete alle gesucht und gefunden werden.

*Stefan Behlau,
Landesvorsitzender VBE NRW*

4400 Lehrerstellen frei: Lücke trotz neuer Jobs vergrößert

„Der Lehrkräftemangel ist und bleibt vorerst die größte Herausforderung der Schulpolitik in ganz Nordrhein-Westfalen. Einigen Schule wurde bereits der Boden unter den Füßen weggerissen, andere Schulen stehen zumindest noch auf einem Bein. Es ist dringlich, dieses Problem akut, aber auch nachhaltig anzugehen.“

Seit Jahren hat der VBE eine Personalausstattung gefordert, die auch Vertretungsreserven angemessen berücksichtigt. Hier ist nicht reagiert worden – zulasten der Kinder sowie der Kolleginnen und Kollegen.“

Stefan Behlau,
Landesvorsitzender VBE NRW,
in der Presse



Der QR-Code führt direkt zur aktualisierten Expertise „Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis bis 2035“:



Anzeige



Jugendherbergen im RHEINLAND
Willkommen in NRW



GEMEINSCHAFT ERLEBEN TEAMGEIST STÄRKEN

ZWEI
FREIPLÄTZE
INKLUSIVE

Ihre Vorteile bei unseren Klassenfahrten:

- Ausgefeiltes Hygienekonzept
- Pädagogische Betreuung der Programme
- Förderung von sozialen Kompetenzen
- Stärkung der psychischen Gesundheit
- Programme zu BNE und den MINT-Bereichen



Jetzt downloaden unter:
JH-KLASSENFABRT.DE
FAHRTFINDER für Klassen 1–6
KLASSEAKTIV ab Klasse 7

Wir beraten Sie gern persönlich!
Ihr DJH-Service-Team Rheinland
Tel: 0211 3026 3026
service@djh-rheinland.de





Vorstellung der neuen schul- und bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher in NRW



D

ie Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind vorüber und die im Landtag vertretenen Fraktionen haben ihre neuen schul- und bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher gewählt. Schule heute hat dies zum Anlass genommen, u. a. nach den größten Herausforderungen zu fragen, die es aus Sicht der neuen Sprecher/-innen für Schul- und Bildungspolitik nun zu stemmen gilt:



CDU

**Claudia Schlottmann,
schulpolitische Sprecherin
der CDU-Landtagsfraktion**

Was war Ihre Intention, sich gerade für den Bereich Schul- und Bildungspolitik zu engagieren?

Schule und Bildung ist für mich einer der wichtigsten Themenbereiche in unserer Gesellschaft. Wie unsere junge Generation aufwächst, was sie prägt, was sie lernt, beeinflusst später unser ganzes Land. Daher war für mich mit Einzug in den Landtag im Jahr 2017 direkt klar, dass ich mich von ganzem Herzen für das Thema Schule und Bildung einsetzen möchte. Seit fünf Jahren bin ich jetzt Mitglied des Schulausschusses und seit Herbst 2020 schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Welches sind aus Ihrer Sicht die zurzeit größten Herausforderungen der Schul- und Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Eine große Herausforderung, die leider über viele Jahrzehnte unterschätzt wurde, ist es, genügend Lehrpersonal zu haben. Auch wenn wir in den letzten fünf Jahren viele neue Stellen schaffen konnten, müssen diese natürlich auch noch besetzt werden. Einen Lehrermangel kann man nicht von heute auf morgen beheben. Der Lehrberuf muss viel mehr Anerkennung erhalten. Wie schon gesagt, gibt es aus meiner Sicht kaum etwas Wichtigeres in einer Gesellschaft, als sich um die heranwachsende Generation zu kümmern.

Wie möchten Sie diese zukünftig angehen? Was steht ganz oben auf Ihrer Agenda?

Wir wollen 10.000 zusätzliche Lehrkräfte in die Schulen bringen. Die finanziellen Mittel dafür werden kontinuierlich aufgestockt. Grundlage für eine langfristige Verbesserung der Lage ist natürlich eine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten. Darüber hinaus wollen wir den Seiteneinstieg fördern und die Lehrkräfte von Bürokratie und Verwaltungsaufgaben entlasten. Und in Hinblick auf die Anerkennung der wichtigen Arbeit des Lehrpersonals heben wir die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 an.



**Lena Zingsheim-Zobel,
Sprecherin für Schule und
Bildung der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW**

Was war Ihre Intention, sich gerade für den Bereich Schul- und Bildungspolitik zu engagieren?

Ich erlebte bis zur Landtagwahl im Mai ununterbrochen seit rund 20 Jahren ein Schulsystem, was aus unterschiedlichen Perspektiven schon lange nicht mehr das bietet, was es braucht, um die Zukunftsfragen, vor denen wir stehen, zu beantworten. Erst als Schülerin, dann als Studentin, Referendarin und zuletzt als Sonderpädagogin. Der Schritt aus der Schule heraus in die Politik fiel mir alles andere als leicht. Und doch habe ich ihn gemacht, weil ich in den unterschiedlichen Erfahrungen immer wieder gemerkt habe, wie wichtig es ist, dass Politik von Menschen gestaltet wird, die das System von innen kennen. Die Schullaufbahn von jungen Menschen begleiten zu dürfen, ist so wichtig wie anstrengend. In diesem Wissen ist es mir wirklich ein Anliegen, zentrale Punkte im System zu verbessern.

Welches sind aus Ihrer Sicht die zurzeit größten Herausforderungen der Schul- und Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Die letzten Jahre haben den Jüngsten in unserer Gesellschaft viel abverlangt. Die Ungewissheit durch Corona, Schulschließungen, holprige Anfänge des Distanzunterrichts und die Isolation zu anderen Kindern und Jugendlichen haben deutliche Spuren hinterlassen. Die daraus resultierenden Folgen auf allen Ebenen werden uns in den nächsten Jahren begleiten und bedürfen einer besonderen Achtsamkeit.

Deshalb ist es wichtig, dass verlässliche Handlungskonzepte greifen, um Schülerinnen und Schüler sowie Lehr-

personal und weitere Mitarbeitende zu schützen und den Unterrichtsbetrieb ohne Einschränkungen aufrechterhalten zu können.

Bildungsgerechtigkeit definiert sich durch den unbegrenzten Zugang zu Bildung. Seien es die Aufrechterhaltung des Unterrichts, die Versorgung mit digitalen Endgeräten aber auch die Teilhabe für alle Menschen. Ich bin davon überzeugt, dass Inklusion uneingeschränkte Teilhabe in unserer Gesellschaft schafft und das inklusive Bildung die Aufgabe aller Schulen und Lehrkräfte ist. Darüber hinaus trägt uns der Rechtsanspruch Ganztage eine Menge Hausaufgaben auf, die wir jetzt anpacken müssen.

Wie möchten Sie diese zukünftig angehen?

Was steht ganz oben auf Ihrer Agenda?

In Zusammenarbeit mit der Monitoring-Stelle Nordrhein-Westfalen werden wir den „Aktionsplan Inklusion“ erstellen, indem unter anderem die Rolle der sonderpädagogischen Lehrkräfte im gemeinsamen Lernen unter Einbindung von Beratung und Unterrichtstätigkeit geklärt wird. Ein weiterer Faktor wird sein, dass die multi-professionellen Teams an Schulen ausgeweitet und gestärkt werden und Teamzeiten etabliert werden.

Der Personalmangel muss jetzt zügig und entschlossen angegangen werden, indem wir Studienplätze ausbauen, Seiten- und Quereinstieg niederschwelliger gestalten und die Attraktivität steigern.

Der Ganztagsausbau wird ein zentrales Thema sein, dass fortlaufend angegangen wird.

Grundsätzlich wollen wir den Schulen mehr pädagogische Freiheiten geben, um sie fit für das 21. Jahrhundert zu machen und innovative Ideen – auch außerhalb des Klassenzimmers – zu entwickeln. Schulen und die jungen Menschen wissen selbst, was sie benötigen, um selbstbestimmt zu lernen und ihr Lernpotenzial auszuschöpfen.

Anzeige





Dilek Engin,
*schulpolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion*

Was war Ihre Intention, sich gerade für den Bereich Schul- und Bildungspolitik zu engagieren?

Vor meinem Einzug in den Landtag war ich Oberstudienrätin an einer Gesamtschule. Ich kenne das Binnenleben des Schulbetriebs sehr genau. Ich weiß um die bürokratischen Hürden und Defizite des Schulalltags, die durch die Erfahrungen der Coronapandemie noch deutlicher zutage getreten sind. Schule ist nicht nur die Abarbeitung von Lehrplänen, sondern ein soziales Gebilde, dessen gelingendes Funktionieren von vielen Faktoren abhängig ist. Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, motivierte Schülerinnen und Schüler und eine gute Infrastruktur!

Welches sind aus Ihrer Sicht die zurzeit größten Herausforderungen der Schul- und Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Die Schulen in NRW müssen zukunfts- und krisenfest gemacht wer-

den. Dazu gehört eine echte Offensive für mehr Lehrkräfte. Unweigerlich damit verknüpft sind die gleiche Einstiegsbesoldung für alle Lehrkräfte mit A13 und der Ausbau der Lehramtsstudiengänge. Auch die Sanierung unserer Schulgebäude und die Erweiterung des Ganztagsschulangebotes sowie die digitale Anschlussfähigkeit unserer Schulen hat für mich hohe Priorität. Und nicht zuletzt müssen wir die Bildungsfinanzierung auf neue Fundamente stellen.

Wie möchten Sie diese zukünftig angehen?

Was steht ganz oben auf Ihrer Agenda?

Bildung ist die Zukunftsressource unseres Landes! In NRW sind allerdings 4.400 Stellen für Lehrkräfte unbesetzt. Da ist zuallererst dringender Handlungsbedarf angezeigt. Wir müssen mehr Studierende für das Lehramt begeistern. Darüber hinaus ist Fakt: Noch immer sind die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche ungleich verteilt. Noch immer entscheidet die soziale Herkunft darüber, ob junge Menschen ihre Talente voll entfalten können. Wir brauchen eine Schulpolitik, die Brücken baut und Chancen eröffnet, die Beteiligten mitnimmt und Bildungsgerechtigkeit schafft.



Prof. Dr. Andreas Pinkwart,
*Sprecher für Schule und Bildung
der FDP-Landtagsfraktion*

Was war Ihre Intention, sich gerade für den Bereich Schul- und Bildungspolitik zu engagieren?

Bildung ist der entscheidende Schlüssel für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Interessen und Stärken der SchülerInnen sind so vielfältig wie die Menschen selbst. Entsprechend müssen sie individuell gefördert werden. SchülerInnen haben ein Recht auf beste Bildung. Sie erfordert eine klare Prioritätensetzung im Landeshaushalt und den notwendigen Ehrgeiz aller Beteiligten. Sich dafür einzusetzen, zählt für mich zu den vornehmsten Aufgaben der Landespolitik.

Welches sind aus Ihrer Sicht die zurzeit größten Herausforderungen der Schul- und Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Die verbesserte Schüler-Lehrer-Relation muss bei steigenden Schü-

lerzahlen gesichert und der Lehrkräftelücke durch weiteren Ausbau der Lehramtsstudienplätze begegnet werden. Der Lehrerberuf muss attraktiver werden, indem beste Arbeitsbedingungen eröffnet und die Chancen der Digitalisierung zur Entlastung von Verwaltungsaufgaben genutzt werden. Digitale Bildung muss infrastrukturell wie inhaltlich klug weiterentwickelt und zur Aufwertung eines lebendigen Präsenzunterrichts flächendeckend zum Einsatz gelangen.

Wie möchten Sie diese zukünftig angehen?

Was steht ganz oben auf Ihrer Agenda?

Angesichts neuer Belastungen der öffentlichen Haushalte zur Bewältigung aktueller Krisen ist es mir ein besonderes Anliegen, den Vorrang bester Bildung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu betonen. Wer an Bildung spart, verliert dauerhaft ein Vielfaches dessen, was er kurzfristig an Mitteln kürzt. Wir brauchen einen lebendigen föderalen und kommunalen Wettbewerb um besten Unterricht und beste Infrastruktur. Hier muss NRW weiter aufholen. Dafür kämpfe ich mit Leidenschaft.

„Die Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 ist uns ein wichtiges Anliegen.“

Seit dem 29. Juni 2022 ist Dorothee Feller Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen und seit dem 30. Juni 2022 ist Dr. Urban Mauer Staatssekretär im Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. In der Schule heute sprechen sie über die größten Herausforderungen und politischen Ziele im Hinblick auf unsere Bildungslandschaft.

„Wir stehen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen: Unterrichtsversorgung, Digitalisierung, der Krieg in der Ukraine, leider noch Corona und vieles mehr. Schule und Bildung sind zentrale Handlungsfelder der Landesregierung. Dabei waren die vergangenen Jahre im Zeichen der Pandemie eine große Belastung. Schulschließungen, lange Phasen von Distanzunterricht, fehlende soziale und persönliche Kontakte. Es ist deshalb eines der wichtigsten Ziele dieser Legislaturperiode, dass alle am Schulleben Beteiligten Ruhe, Unterstützung und Entlastung erfahren sollen. Dazu haben wir den Schulen in unserem Land bereits frühzeitig vor Ende der Sommerferien das Handlungskonzept Corona zur Verfügung gestellt. Als zentralstes Thema unserer Amtszeit ist jedoch die Unterrichtsversorgung hervorzuheben. Wir brauchen viel mehr Personal, u. a. Lehrkräfte, Sozialarbeiter, multiprofessionelle Teams- an unseren Schulen – aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels keine einfache Aufgabe. Gerade deswegen ist es jedoch wichtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Im Schulministerium haben wir bereits in den Sommerferien eine Arbeitsgruppe Unterrichtsversorgung eingesetzt, die bis Ende des Jahres ein Maßnahmenbündel mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen vorlegen wird, um die Unterrichtsversorgung der Schulen wirksam und nachhaltig zu verbessern.“



© Günther Ortman

Damit zusammen hängt auch die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer. Wir bleiben dabei: Die Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 ist uns ein wichtiges Anliegen. Damit wollen wir ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für den Lehrerberuf setzen.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Lassen Sie uns gemeinsam nach guten Lösungen suchen – zum Wohle unserer Kinder!“

Dorothee Feller,
Ministerin für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
(<https://www.land.nrw/landeskabinett/dorothee-feller>)

Dr. Urban Mauer,
Staatssekretär im Ministerium
für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
(<https://www.land.nrw/staatssekretaerinnen-und-staatssekretaere/dr-urban-mauer>)



Schulen in der Krise

D

ie Sommerferien sind vorüber. Die Krisen, die unser Leben kennzeichnen, treffen auf Kitas und Schulen am Limit. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, sieht im Zusammenwirken dessen, was aktuell politisch passiert oder eben gerade nicht passiert, um Kitas und Schulen bei der Bewältigung der riesigen Herausforderungen zu unterstützen, vielfach ein Agieren fernab der Lebensrealität an den Bildungseinrichtungen. Er warnt vor einer gefährlichen Zuspitzung der Lage.

Im Interview mit der „Welt“ rügt Beckmann, die Politik lasse Erzieher und Lehrer mit riesigen Problemen allein. Pädagogen übten oft Tätigkeiten aus, für die sie nicht da seien. Er sieht „massives Potenzial“ für Konflikte mit Eltern und Schülern.

(Redaktion: Luisa Hofmeier)

WELT: Herr Beckmann, die ersten Bundesländer kehren aus den Ferien zurück. Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hofft auf einen „normalen Schulalltag“. Sie auch?

Udo Beckmann: Wenn die Bildungsministerin von einem „normalen Schulalltag“ spricht, ist das gefährlich. Damit wird die seit Langem bestehende Mangelverwaltung als normal verkauft und so getan, als gäbe es keine Einschränkungen mehr.



Foto: Thomas Jauk

WELT: Hilft es, dass Lehrkräfte und Schulleitungen inzwischen krisenerprobt sind?

Beckmann: Höchstens sehr bedingt, weil die Politik nicht die Möglichkeiten ausschöpft,

um die Schulen auf Extremsituationen vorzubereiten. Das fängt schon damit an, dass wir nicht wissen, welche Regeln ab Herbst gelten werden. Wird es eine Maskenpflicht geben? Solche offenen Fragen bergen massives Potenzial für Konflikte mit Eltern und Schülern.

Die Politik schiebt die Verantwortung auf Erzieher und Lehrer ab und lässt sie mit den Problemen allein. Nicht nur bei Corona. Es ist ein generelles Muster.

WELT: Wo sehen Sie dieses Muster noch?

Beckmann: Ein Beispiel: Mehr als 150.000 ukrainische Kinder gehen in deutsche Schulen. Allein für diese Kinder und Jugendliche bräuchten wir 10.000 weitere Lehrkräfte, die es natürlich nicht gibt. Das zu lösen, überlässt man den Schulen.

Dazu kommt die Energiekrise. Wie sollen wir corona-konform lüften und gleichzeitig Energie sparen? Das Problem wäre geringer, wenn der Renovierungsstau in Schulen politisch nicht hingegenommen worden wäre und man energetische Sanierung nicht über Jahre verschleppt hätte.

WELT: Was erwarten Sie von der Politik?

Beckmann: Politiker in Bund und Ländern müssen einräumen, dass die ganze Masse an Problemen – Unterrichtsausfall, Streichung von Angeboten, Raummangel, fehlende digitale Ausstattung und so weiter – auf politische

Versäumnisse zurückzuführen ist. Wir sehen zudem in Studien, dass insbesondere psychische Gewalt gegen Lehrkräfte zunimmt.

Konflikte könnten reduziert werden, wenn man Probleme auf politischer Ebene offensiver anspricht. Es geht darum, Erwartungen an die Realität anzupassen. Und klarzumachen: Für die Versäumnisse ist nicht das Personal in den Bildungseinrichtungen verantwortlich.

Stattdessen werden Probleme kaschiert. Stundenpläne werden gekürzt, Klassen vergrößert. In Sachsen-Anhalt wird eine Vier-Tage-Woche ausprobiert und in Berlin diskutiert man, die Schulstunde von 45 auf 40 Minuten zu kürzen. All das zeigt eine massive Hilflosigkeit. Es ist an der Zeit, dass die Politik zugibt: Wir haben es verbockt. Erst dann kann ein echter Aufbruch gelingen.

Deswegen müssen wir mit Hochdruck an Verbesserungen der Gesamtsituation arbeiten. Es braucht auch mehr Stellen für multiprofessionelle Teams, also beispielsweise Sozialarbeiter. Auch Gebäude müssen modernisiert werden. Lernen hat sich in den vergangenen 50 Jahren verändert und damit auch der Anspruch an Räume. Und es braucht Entlastung bei administrativen Aufgaben.

WELT: Was genau meinen Sie?

Beckmann: Die wenigsten Kollegen können sich vorstellen, eine Schule oder Kita zu leiten. Attraktiv ist an dieser Stelle, dass man die Einrichtung und das Lernen weiterentwickeln kann. Leitungen sind aber fast nur noch mit Krisenmanagement beschäftigt: Wie verhindern wir Unterrichtsausfall? Wie organisieren wir Coronatests?

„Konflikte könnten reduziert werden, wenn man Probleme auf politischer Ebene offensiver anspricht. Es geht darum, Erwartungen an die Realität anzupassen.“

WELT: Wen genau sehen Sie in der Verantwortung?

Beckmann: Wenn wir eine Trendwende wollen, muss der Fachkräftemangel sowohl in Kitas als auch in Schulen in den Ländern zur Chefsache werden. Es sind nicht die Schulministerinnen und -minister, die das einfach nicht hinkriegen. Wir erleben häufig, dass sie innerhalb der Landesregierungen alleingelassen werden. Das muss sich ändern.

Wenn sie Defizite benennen, muss die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident im Kabinett klarstellen: Bildung hat oberste Priorität, das benötigte Geld muss zur Verfügung gestellt werden.

WELT: Personalmangel ist kurzfristig nicht mit Geld zu lösen. Wofür sollte es genutzt werden?

Beckmann: Beispielsweise, um die Studienkapazitäten für das Lehramt auszubauen. Der Fachkräftemangel ist natürlich nicht schnell lösbar. Aber wir müssen aus diesem Teufelskreis herauskommen: Weil Bildung nicht die nötige Priorität eingeräumt wird, schreckt das den Nachwuchs ab. Der sagt: Unter diesen Bedingungen tue ich mir das nicht an.

In der Pandemie haben sie die Aufgaben der Gesundheitsämter übernommen. Es ist ein Unding, dass Arbeitszeit der pädagogischen Fachkräfte nicht für Tätigkeiten genutzt wird, für die sie eigentlich da sind.

WELT: Die Ampelregierung hat im Koalitionsvertrag ein „Jahrzehnt der Bildungschancen“ ausgerufen. Können Sie diese Ambition auch im politischen Handeln erkennen?

Beckmann: Nein, bisher sind das schöne Worte ohne Taten. Ich sehe nicht, wie Bildungsgerechtigkeit nur ansatzweise erreicht werden soll. Stattdessen ist Deutschland auf dem Weg, Bildungsgerechtigkeit zu verschärfen.

Das Interview ist erstmals erschienen am 11. August 2022 auf www.welt.de.



Herausforderungen an die Kitas –

was sind die größten
Handlungsfelder aktuell in NRW



Fachkräftemangel

In allen Berufsgruppen fehlen aktuell Fachkräfte und die Tendenz ist steigend. Laut dem Institut für Wirtschaft sind die Lücken besonders groß im Bereich der Sozialarbeit, der Erziehung, der Pflege, bei IT-Berufen und im Handwerk. Die Lücke im Bereich Erziehung mahnt der VBE seit Jahren an. Die deutsche Kitaleitungsstudie belegt dies schon seit Jahren. Es ist also dringender denn je, eine Personaloffensive zu starten. Das zeigt auch die aktuelle DKLK-Studie 2022 (mehr Informationen unter www.vbe-nrw.de) sehr deutlich. 60 Prozent der befragten Kitaleitungen in NRW geben an, dass sie in den zurückliegenden zwölf Monaten in mehr als 20 Prozent der Zeit in Personalunterdeckung gearbeitet haben (2021 waren es noch 40 Prozent). Sie konnten also in dieser Zeit die gesetzlich vorgegebene Aufsichtspflicht in ihrer Kita nicht gewährleisten. 17 Prozent der Kitaleitungen geben sogar an, in über 60 Prozent der Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung zu arbeiten. Das sind mehr als dreimal so viele wie 2021 (5 Prozent). Diese Entwicklung ist alarmierend. Angemessene Arbeitsbedingungen sehen anders aus. 86 Prozent der Kitaleitungen sagen sogar, dass sich der Personalmangel in den letzten zwölf Monaten verschärft hat (2021 waren es noch 72 Prozent). Der VBE fordert hier aufeinander abgestimmte Investitionen, die das Berufsfeld attraktiver machen und die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an Fach- und Hochschulen, Perspektiven für die Fachkräfte im System, die Anerkennung europäischer Abschlüsse, Gesundheitsschutzmaßnahmen u. v. m. beinhalten.



Sprach-Kitas retten

Bundesweit ist etwa jede zehnte Kita eine Sprach-Kita. In Nordrhein-Westfalen werden rund 1.400 Kindertageseinrichtungen als „Sprach-Kita“ gefördert. Im Juli 2022 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über das Ende des sehr erfolgreichen Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel der Welt ist“ informiert. In dem von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf für den Bundeshaushalt 2023 ist aktuell kein weiteres Geld für das Sprach-Kita-Programm vorgesehen, obwohl im Koalitionsvertrag die Parteien festgeschrieben haben, dieses Programm weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Bundesweit läuft eine Petition „Sprach-Kitas retten“, die bereits über 100.000-mal online und offline gezeichnet wurde und damit eine weitere Anhörung im Bundestag erwirkt wird. Wir im VBE sind davon überzeugt, dass dieses Programm verstetigt werden muss, denn gerade jetzt, wo die Themen Flüchtlingskinder in den Kitas, Personalmangel, benachteiligte Familien nicht allein lassen, soziale Ungerechtigkeit ausgleichen usw. in den Kitas vorherrschen, ist dieses Programm zur Stärkung der frühen Bildung im Bereich Sprache, Partizipation, Inklusion und Elternbegleitung dringender erforderlich denn je. Über viele Jahre haben die Kitas erfolgreiche Strukturen und Kompetenzen aufgebaut, diese müssen erhalten und weiterentwickelt werden.



Wie geht es mit den heilpädagogischen Kitas weiter?

In NRW sollen bis Mitte 2026 alle heilpädagogischen Kindertagesstätten in inklusive Einrichtungen umgewandelt werden. Damit fallen wichtige heilpädagogische Plätze weg und die notwendigen Therapien, die in diesen Einrichtungen vor Ort individuell integriert sind, müssten künftig noch nach dem Kindergarten tag erfolgen. Der VBE sieht hier großen Handlungsbedarf. Natürlich ist es zum einen richtig, Inklusion und damit frühe Bildung für alle Kinder in allen Kitas sicherzustellen, genauso wichtig ist es aber auch, interdisziplinäre Frühförderung und Therapien während der Betreuungszeiten zu sichern, um Familien mit ihren Kindern zu stärken und früh zu begleiten. Es darf also nicht nur zur Umschichtung von Finanzierungen aus dem Bereich SGB in die KiBiz-Förderung kommen, sondern es muss von vornherein eine gelingende Basis für Netzwerke, Therapien und fachliche, personelle und sächliche Ausstattung geben.

sung, dass dieses Alltagshelferprogramm fortgeführt und verstetigt werden muss, um das pädagogische Personal in den Kitas von hauswirtschaftlichen Aufgaben und Hygienemaßnahmen zu entlasten. Dies entspricht einer unserer alten Forderungen im VBE NRW – nämlich zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben bereitzustellen. Das Alltagshelferprogramm wird genau diesem Anspruch gerecht und muss auch in 2023 weitergeführt werden.

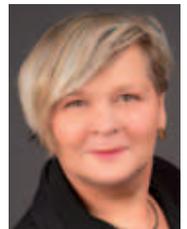
Und neben all diesen aktuellen Handlungsfeldern gibt es noch die Themen wie der weitere Kitaplatzausbau, Resilienzförderung, Gewaltprävention, Digitalisierung und Medien in der Kita, armutssensibles Handeln, nachhaltige Kita, geflüchtete Kinder in der Kita, Gesundheits- und Arbeitsschutz usw., die in diesen herausfordernden Zeiten hohe Anforderungen an die Beteiligten in der Landesregierung, der Trägerschaft, das pädagogische Personal und natürlich auch an uns im VBE stellen. Es wird spannend, wie sich im Kitajahr 2022/23 und in den nächsten Jahren die Weiterentwicklung des KiBiz in NRW gestaltet, denn hier prägen wir alle gemeinsam im Hier und Jetzt die Lebenswirklichkeit von Kindern für die Zukunft.



Alltagshelferprogramm fortführen und verstetigen

In der Pandemie wurde das Alltagshelferprogramm in den Kitas eingeführt und die Landesregierung hat es bis zum Jahresende 2022 verlängert. Der VBE ist der Auffas-

*Barbara Nolte,
Leiterin des Referats
Erzieherinnen und Erzieher
im VBE NRW*



Anzeige

 **DSLK**
Deutscher **2022**
Schulleitungskongress

Die Schule von morgen gestalten
10.-12. November 2022, Congress Center Düsseldorf

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Jetzt
Ticket sichern!
650 €

VBE Mitgliedspreis
Aktionscode:
DSLK2022VBE



Berufliche Orientierung an Schulen weiter stärken

Interview mit Andreas Oehme, Geschäftsführer
Westdeutscher Handwerkskammertag



Menschen mit geringerer Qualifikation werden künftig noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, da die Qualifikationsanforderungen auch in Ausbildungsberufen steigen werden. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Befragung „Zukunft ungewiss. Ausbildungsperspektiven von Jugendlichen mit niedriger Schulbildung“, die die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat. (Mehr Informationen auf www.bertelsmann-stiftung.de)

Schule heute: Herr Oehme, was bedeutet dies für die Handwerkskammern, welche Herausforderungen wird es geben auch im Hinblick auf den steigenden Fachkräftemangel?

Andreas Oehme: Die Erkenntnis ist für die Handwerkskammern nicht neu. Sehr lange schon zeichnet sich die Entwicklung eindeutig ab und wird über vielen Studien prognostiziert. Der Anteil der Arbeitskräfte, die un- oder angelernt ihren Weg in Arbeit finden und eine dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeit als Option haben, sinkt kontinuierlich. Im Handwerk, als sehr personalintensiver Wirtschaftsbereich mit überwiegend kleinen, inhabergeführten Betrieben, stellen wir fest, dass die Arbeitsteilung deutlich kleiner ist als in Großunternehmen und somit der einzelne Beschäftigte deutlich flexibler sein muss und heute aufgrund der Auftragslage andere Tätigkeiten ausüben muss als morgen. Insofern ist der Anteil von Menschen ohne Ausbildung grundsätzlich schon immer niedriger. Das Handwerk akquiriert den Großteil seines Nachwuchses über die Duale Ausbildung. Was wir feststellen ist, dass der Schulabschluss selbst zunächst wenig darüber aussagt, ob jemand ausbildungsreif, für einen Beruf geeignet und für die Ausbildung in einen Betrieb geeignet ist. So haben wir genauso erfolgreiche Auszubildende ohne Schulabschluss wie auch junge Menschen mit Abitur, die für eine Ausbildung im Betrieb nicht in Frage kommen, weil sie die Anforderungen nicht erfüllen können.

Vom Grundsatz her ist es jedoch völlig richtig, dass wir den Blick auf diejenigen richten, die viel Frust in ihrer Schulzeit erleben und mit niedriger Bildung aus der Schule kommen. Seit der intensiven Diskussion um junge Menschen im sogenannten Übergangssystem, das seit dem Ende der 2000er Jahre intensiv in Nordrhein-Westfalen diskutiert wird, unterstützen wir die Botschaft, dass kein junger Mensch verloren gehen darf. Allerdings weiß in Nordrhein-Westfalen niemand, was die Schulabgängerinnen und Schulabgänger aller weiterführenden Schulen nach Ende der Schule machen und niemand kann identifizieren, wer eine gezielte Unterstützung braucht. Eine Ausnahme davon sind die Jugendlichen aus Bedarfsgemeinschaften, um die sich die Jobcenter ab dem 15. Lebensjahr intensiver kümmern. Hier lohnt sich das Engagement von Schulen und Kommunen und öffentlicher Hand insgesamt, damit alle relevanten Akteure Rechtskreis übergreifend in Abstimmung mit der Wirtschaft Angebote schaffen können. Letztlich dürfte in dieser Zielgruppe ein großes Potenzial liegen.

Sh: Wo liegen aus Ihrer Sicht die Ursachen für die aktuelle Situation?

Oehme: Die Ursachen für die aktuelle Situation sind vielfältig. Auf der einen Seite haben wir eine Inflation der Bildungsabschlüsse, die im Bereich schulischer Abschlüsse damit eingeleitet wurden, dass man auf europäischer Ebene Quoten festgelegt hat, wie viel Menschen maximal ohne Schulabschluss die Schulen verlassen dürfen. Zudem hat man der Gesellschaft über Jahrzehnte vermittelt, dass junge Menschen studieren müssen, um es einmal „besser“ zu haben. Die heutige Realität zeigt Stück für Stück auf, dass dieses alte Bild heute nicht mehr stimmt. So üben sehr viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ganz normale Sachbearbeiterjobs aus, über die sie auch schneller und mit mehr Einkommen über eine Duale Ausbildung hingekommen wären.

Immer mehr Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen absolvieren nach ihrem Studium eine Duale Ausbildung, weil sie ihren Hochschulabschluss an dem Arbeitsmarkt nicht zum Einsatz bringen können oder aufgrund der begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten nicht zum Einsatz bringen möchten. Nicht zuletzt drängt das persönliche und gesellschaftliche Umfeld viele Jugendliche zu hö-

heren Schulabschlüssen, die sie zum Teil nicht erreichen oder dadurch ihre Lage auf dem Ausbildungsmarkt nicht verbessern, zum Teil deutlich verschlechtern. Wenn man sich die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen anschaut, so gibt es inzwischen elf Schulformen, in der das Gymnasium „zur Hauptschule“ geworden ist, denn dort gehen 39,4 % aller Schülerinnen und Schüler hin. Gefolgt von der Gesamtschule mit 27 % und der Realschule mit knapp 16 %. Alle drei Schulformen propagieren nach den uns vorliegenden Rückmeldungen aus dem Land die Botschaft, dass das Abitur ein besonders anstrengenswertes Ziel sei und ein anschließendes Hochschulstudium damit auf der Hand liege. Hinzu kommt, dass in nahezu allen Schulformen das Erleben von Handlungsorientierung im Sinne von Planen, Ausführen und Kontrollieren von praktischen Tätigkeiten keinen Stellenwert mehr hat. In meiner Langfristbetrachtung führt dies dazu, dass immer mehr junge Menschen kaufmännische Berufstätigkeiten anstreben, obwohl alle Experten sehen, dass gerade im kaufmännischen Bereich ein extrem hohes Automatisierungspotenzial über intelligente Algorithmen die Zukunft ist. Der besondere Fachkräftemangel ist in gewerblich-technischen Berufen als Fachkräfte, Spezialisten und im Führungskräftebereich sowie bei Personen, die sich selbstständig machen und Unternehmen übernehmen möchten. Das durchschnittliche Ausbildungseinstiegsalter beträgt über 20 Jahre. Hier müssen wir uns gesellschaftspolitisch fragen, was die jungen Menschen nach Absolvieren der weiterführenden allgemeinbildenden Schule tun. Die Statistik zeigt jedenfalls, dass die meisten Schülerinnen und Schüler mehrere Jahre etwas anderes tun, bevor sie sich für eine Duale Ausbildung entscheiden.

Diese Bildungsangebote im Übergangssystem verbunden mit dem Eigeninteresse der Bildungsinstitutionen, die Jugendliche möglichst lange zu behalten, ist eine weitere entscheidende Ursache für unsere aktuelle Situation und ruft aus meiner Sicht stark nach politischem Handlungsbedarf.

Sh: *Was erhoffen Sie sich für die Zukunft? Welche Bedingungen halten Sie für notwendig, damit Berufswahlorientierung trotz erschwelter Bedingungen nicht aus dem Blick gerät und wirklich alle Jugendlichen eine Chance auf eine Ausbildung, auf individuelle Entwicklungsmöglichkeiten haben?*

Oehme: Es gibt nach meiner langjährigen Erfahrung nicht eine Stellschraube, die die Berufliche Orientierung aller Jugendlichen verbessert und allen Jugendlichen beste Perspektiven auf eine Ausbildung ermöglicht. Meine Motivation für das Engagement zu dem Themenfeld ist meine Überzeugung, dass jeder Mensch einen Beruf für sich finden muss, der zu ihm passt. Dann ist die Zufriedenheit des ein-

zelnen Menschen und damit in der Gesellschaft insgesamt höher. Insofern ist die Berufliche Orientierung ein wichtiges Querschnittsziel aller an der Erziehung und Bildung junger Menschen Beteiligten. Wir wissen, dass knapp 20 % eines Altersjahrgangs keine abgeschlossene Ausbildung hat.

Da die PISA-Risikogruppe, d. h. die 15-jährigen, die nicht das Niveau vom Ende der Grundschule haben, identisch groß ist, könnten hier enge Zusammenhänge bestehen. Leider ist es trotz mehr Ressourcen und Veränderungen seit PISA I nicht gelungen, die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, trotz individueller Förderungen, multiprofessioneller Teams etc. Ich bin der Auffassung, dass wir uns mit den Schwächen des Bildungssystems nicht zufriedengeben dürfen, auch wenn wir wissen, dass Veränderungen oft Jahrzehnte dauern. Eine Frage, die mich schon lange beschäftigt, ist, warum wir für junge Menschen, deren Lehrkräfte in Klasse 6 ziemlich verlässlich einschätzen, dass sie das jeweilige Abschlussziel der Schule nicht schaffen werden, nicht andere Angebote machen. Man fängt immer erst nach Ende der Pflichtschulzeit damit an. Hier würden wir den jungen Menschen Frusterlebnisse ersparen und Motivation schaffen, zu lernen und sich persönlich und bildungsmäßig weiterzuentwickeln. Für die Zukunft erhoffe ich mir, dass

- wir Jugendliche, die Unterstützung auf ihrem beruflichen Weg benötigen, identifizieren können,
- die Berufliche Orientierung an allen Schulformen, so auch an Gymnasien gleichermaßen auf Berufe orientieren, die über den beruflichen Bildungsweg vorbereiten,
- wir die Prozessverantwortung für die berufliche Orientierung in Schulen weiter stärken und noch deutlich mehr Betriebe davon überzeugt bekommen, sich in den Themenfeld in Kooperation mit den Schulen zu engagieren und
- sich die gesellschaftliche Meinungsbildung im Hinblick auf die Wertigkeit der beruflichen Bildung und ihre Bedeutung für die Zufriedenheit der einzelnen Menschen im Beruf verändern können.

Als letztes noch einen Wunsch von mir für die Berufswahl: Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Berufswahl für nicht so wichtig und bedeutsam hervorheben, sondern die jungen Menschen ermutigen, einfach eine Ausbildung zu absolvieren, die zu ihren aktuellen Vorstellungen passt und wie selbstverständlich die Option damit verknüpfen, danach bei Bedarf etwas anderes zu machen, einen weiteren Beruf zu erlernen, sich auf dem beruflichen Weg weiterzuentwickeln. Denn wenn der „Ernst des Lebens“ direkt nach der Schule beginnt, zögern viele diese Entscheidung heraus und gehen lieber weiter zu Schule. Diese Tendenz sollten wir gemeinsam im Interesse der jungen Menschen durchbrechen.

Wenn sich mal eben alles ändert

Eben noch im Kinderwagen spazieren gefahren und nun ziehen die Kinder schon selber los mit ihrem Kindergarten-Rucksack oder Schultornister auf dem Rücken. Ein ganzes Stück größer, ein ganzes Stück selbständiger. Ob Kindergartenkind oder Schulkind – erreicht wurde ein weiterer Meilenstein, der viele neue Herausforderungen, Veränderungen und Umbrüche mit sich bringt.

Insbesondere beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ändert sich gefühlt alles. Für alle. Nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern. „Große Veränderungen“ oder „Jetzt beginnt der Ernst des Lebens“ orakelt es dem baldigen Schulanfänger und auch den Eltern gern von allen Seiten entgegen. Ein neuer Rhythmus, veränderte Routinen, in die es sich einzufinden gilt, Ängste, Sorgen und Unsicherheiten, mit denen man sich bisher noch nicht auseinandersetzen musste. Wird mein Kind alleine zurechtkommen? Wird es Anschluss unter seinen Mitschülerinnen und Mitschülern finden, mit dem Schulstoff gut zurechtkommen? (Um nur einige der doch sehr zahlreichen Fragen zu nennen, die dem besorgten Vater und der besorgten Mutter plötzlich durch den Kopf schwirren.)

Rückblickend betrachtet war es doch ziemlich entspannt, als unsere Tochter noch in den Kindergarten ging ... Irgendwann bis neun Uhr musste sie vor Ort sein oder auch einfach mal gar nicht, wenn Mama oder Papa einen freien Tag hatten. Dieses Gefühl von Freiwilligkeit ist nun weg – plötzlich heißt es „müssen“ statt „dürfen“. Eltern berichten, dass sie ihr bestmöglichstes tun, um den gesamten Tagesablauf der Familie auf die Unterrichtszeiten des Schulkindes auszurichten. Insbesondere für berufstätige Eltern bedeutet dies einen sehr straffen Zeitplan, hat man doch die eigenen Arbeitszeiten gleichermaßen einzuhalten.

Pünktlich an der Schule angekommen ergibt sich für Mutter, Vater und Kind erneut eine herausfordernde Situation: Das Kind geht **alleine** in das Schulgebäude, in die Klasse. Es findet **alleine** neue Freunde, einen Platz in der neuen Gruppe, baut **alleine** eine Beziehung zur Klassenlehrerin/ zum Klassenlehrer auf. Stillsitzen, aufpassen, lernen, sich selbst organisieren – der Schulstart ist viel für Kinder. Und gleichzeitig scheinen Kinder Meister darin zu sein, mit neuen Situationen umzugehen. Haben wir Eltern zwar erkannt, dass wir ein Stück weit „loslassen“ müssen, ist der Weg dorthin ein gewisser Prozess. Ja, Eltern müssen lernen, sich zurückzuhalten, die Kinder nicht zu überfordern. „Finden Sie die richtige Balance zwischen Hilfestellung und der Förderung des eigenverantwortlichen Agierens sowie Arbeitens Ihres



© sör alex / photocase.de

Kindes“, so heißt es in dem einen oder anderen Elternratgeber. Sicherlich ein erstrebenswerter Zustand, dennoch in der Tat ein Balanceakt ohne Netz und doppelten Boden. Umso wichtiger erscheint an dieser Stelle die Partnerschaft zwischen Eltern und Schule, eine Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Lehrkräften und Eltern als Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche schulische Laufbahn. Eltern wünschen Informationen darüber, wie sich ihr Kind in der Klasse verhält, wie es sich entwickelt, welchen Lernfortschritt es macht und ob es Schwierigkeiten hat. Aber auch die Lehrerinnen und Lehrer sind dankbar für Informationen zur bisherigen und gegenwärtigen Entwicklung der Kinder, über Informationen zu besonderen Lebenslagen der Familien und Belastungen.

Der erste Elternabend war hierfür ein guter Anfang. Man hat eine Idee davon bekommen, wie es dem eigenen Kind in den ersten Tagen an der neuen Schule ergangen sein muss. Denn nicht nur die Kinder lernen neue Menschen kennen, sondern auch ihre Eltern. (Zugegeben, für Privatgespräche bieten diese Art von Veranstaltungen wenig Raum, weshalb wohl auch die sogenannten Elternchats ihre Berechtigung finden. Mehr Herausforderung als Hilfestellung? Beides, würde ich sagen.)

Meine volle Bewunderung hatten an diesem Abend die Klassenlehrerinnen, die es offensichtlich nicht nur mit einer Horde Erstklässler, sondern auch mit aufgeregten Eltern aufnehmen und diese beruhigen können. Fürs Erste zumindest. Denn bestimmte Fragen und Sorgen werden wohl bleiben, blickt man auf die Herausforderungen, denen sich unsere Bildungslandschaft zu stellen hat und die in dieser Schule heute-Ausgabe beschrieben worden sind.

Schließlich wünschen wir uns für unsere Kinder die besten Bedingungen. Auch und gerade, wenn sich mal eben alles ändert.

*Melanie Kieslinger
Pressereferentin VBE NRW
(und Mutter einer Schulanfängerin)*



Schulgesetz NRW, 8. Auflage

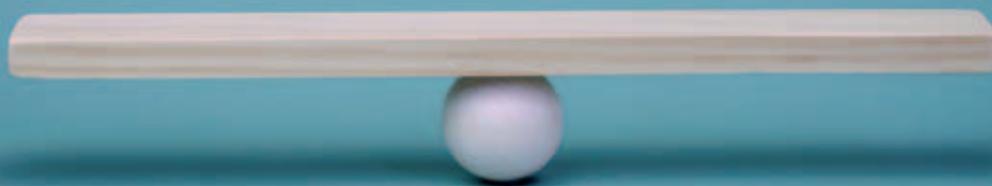
Das Schulrecht ist schnelllebig geworden. Bereits drei Jahre nach der 7. ist jetzt die 8., neu bearbeitete Auflage der Broschüre „Schulgesetz Nordrhein-Westfalen“ von Joachim Fehrmann, früher Gruppenleiter in der Rechtsabteilung des Ministeriums, erschienen. Es galt vor allem, die umfangreichen und detaillierten Änderungen durch das 15. (2021) und das 16. Schulgesetz (2022) sowie die zugehörigen Verordnungen und Erlasse zu verarbeiten. Das mit 330 Seiten im DIN-A5-Format handliche Werk soll für alle am Schulleben Interessierten rechtliche Grundlagen schaffen. Dazu ist das Buch in zwei Teile gegliedert: eine ausführliche Einführung und eine Kurzkommentierung des Schulgesetzes. Die Einführung in die unterschiedlichen Themenfelder des Schulgesetzes ist in zwölf kurze Kapitel mit insgesamt 48 Randnummern gegliedert und informiert im Querschnitt schnell über die wichtigen Themenbereiche und die jüngsten Entwicklungen. Dabei wird von der Stellung der Schule im Recht über verschiedene Aspekte des Schulverhältnisses bis hin zu den Institutionen im Umfeld (zum Beispiel den kommunalen Integrationszentren und den regionalen Bildungsnetzwerken) das gesamte



Themenspektrum beleuchtet. Stets wird auch auf die einschlägigen Regelungen des Schulgesetzes hingewiesen. Die anschließende knappe Kommentierung zum Schulgesetz zeigt anhand der einzelnen Vorschriften die Zusammenhänge zwischen den aktuellen Vorschriften des Schulgesetzes auf und erschließt die weiteren Regelungen im Schulrecht, insbesondere Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, aber auch wichtige Erlasse. Stets wird auch auf aktuelle Literatur, insbesondere Aufsätze in der „Schulverwaltung NRW“, hingewiesen. Damit soll dem Leser der Einstieg in die jeweilige Thematik bis hinunter zu den Erlassen ermöglicht werden. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab. Mit der 8. Auflage liegt somit wieder eine aktuelle Kurzdarstellung des Schulrechts NRW vor, die Schulleitungen, Personalratsmitgliedern, Beschäftigten in der Schulverwaltung der Schulträger und des Landes, Mitgliedern von Räten in den Kommunen und des Landtags und nicht zuletzt auch Eltern ein zuverlässiges Arbeitsmittel bietet.

Joachim Fehrmann, Schulgesetz Nordrhein-Westfalen, 8. Auflage 2022, Hürth, Carl Link (Wolters Kluwer), 49 Euro.

Chance zur Normalität?



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Schuljahr ist gestartet und für viele rund um den Schuldienst beschäftigte Menschen ist der Ausnahmezustand nach zwei Jahren unter Corona und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Normalfall geworden. Dennoch nehmen wir in der juristischen Beratung wahr, dass in diesem Jahr zum Schulstart wieder die üblichen Fragenstellungen rund um Einschulung, Übergang, Projektarbeit, Klassenfahrten, Aufsicht usw. die Oberhand gewonnen haben.

Mich persönlich beruhigt dies ein wenig, denn die Schulen leiden selbst unter normalen Rahmenbedingungen unter erheblichem Personal- und Ressourcenmangel auf allen Ebenen. Den Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen, dürfte trotz der starken Belastung besser sein als die Durchführung von Testungen und der 24-stündige Kontakt zu Laboren.

Wir beginnen also nicht, wie in den letzten Schuljahren üblich, den Schulstart auf der Beratungsebene mit einem „Corona Spezial“ einzuläuten, sondern mit dem Artikel des Kollegen Klüpfel-Wilk auf Seite 22, welcher sich mit den grundlegenden Elternrechten und Pflichten im Rahmen des § 42 SchulG beschäftigt. Denn das wichtigste Instrument für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern stellt immer noch die gelungene Kommunikation dar.

*Ihr
RA Martin Kieslinger,
Ltd. Justiziar VBE NRW*





Fachfremd

unterrichten

Im Bildungsbereich gibt es viele Herausforderungen und offene Fragen, die es zu stemmen und zu klären gilt. In unserer Beratung taucht gehäuft die Frage auf, wer Sport unterrichten darf. Durch den Lehrkräftemangel fehlen an vielen Schulen Sportlehrer und Sportlehrerinnen. Da die Schüler und Schülerinnen aber einen Anspruch auf Sportunterricht haben, wird der Sportunterricht häufig fachfremd erteilt.

Die Frage ist aber: Ist das überhaupt erlaubt?

Der Erlass zur Sicherheitsförderung im Schulsport führt hier unter 2.2 zunächst Folgendes aus:

2.2

„Fachliche Voraussetzungen: Lehrkräfte müssen für die Bewegungsfelder bzw. Sportbereiche, in denen sie schulsportliche Angebote unterbreiten, die entsprechenden fachlichen Voraussetzungen besitzen. Diese können im Rahmen der Hochschulausbildung, der staatlichen Lehreraus- und -fortbildung oder auch durch das Qualifizierungssystem der Sportverbände und -bünde sowie anderer gemeinwohlorientierter Organisationen erworben werden. Die Lehrkräfte erhalten bei Teilnahme an diesen Maßnahmen eine Bescheinigung.“

www.schulsport-nrw.de/fileadmin/user_upload/1033_Inhalt.pdf

Was das genau bedeutet, wird dann in den FAQ noch einmal deutlich gemacht.

Hier heißt es:

„Wer darf Sportunterricht in der Grundschule/Förderschule, also das Fach Sport gem. Stundentafel, erteilen?

Bei Vorliegen der entsprechenden fachlichen Voraussetzungen/Kompetenzen dürfen das Fach Sport unterrichten:

*Lehrerinnen und Lehrer mit der Fakultas Sport (Lehrbefähigung),
Lehrerinnen und Lehrer mit einer entsprechenden Qualifikations-
erweiterung (Lehrerlaubnis für fachfremd Sport unterrichtende Leh-
rerinnen und Lehrer),*

*Lehrerinnen und Lehrer, die aktuell an einer solchen Qualifizierungs-
maßnahme teilnehmen oder an entsprechend qualifizierenden Fort- /
Weiterbildungsmaßnahmen der Bezirksregierungen oder weiterer in
den Fortbildungskatalogen der Bezirksregierungen genannten und
damit anerkannten Träger teilnehmen.*

*Unabhängig davon können alle Lehrerinnen und Lehrer, die bisher
Sport unterrichtet haben und sich bewährt haben, dies auch weiter-
hin tun.*

*Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schul-
sport werden wie bisher von den Bezirksregierungen (ggf. in Koope-
ration mit außerschulischen Partnern) entsprechend des anfallenden
Bedarfs und der Nachfrage regional durchgeführt. Diese Maßnah-
men werden verstärkt angeboten.“*

www.schulsport-nrw.de

Wer also bisher immer fachfremd Sport unterrichtet hat, darf dies auch weiterhin tun. Wir empfehlen natürlich, dass man in diesem Fall auch die angebotenen Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen besucht.

Bleiben Sie fit.

RAin Inka Schmidtchen,
Justiziarin VBE NRW



Der gemeinsame Bildungs- und

Erziehungsauftrag

Das Schuljahr hat begonnen und das bedeutet für viele Kolleginnen und Kollegen, die eine Klasse übernehmen, dass sie neben neuen Schülerinnen und Schülern auch neue Eltern kennenlernen.

In der weit überwiegenden Zahl der Fälle dürfte sich die Zusammenarbeit unkompliziert und im besten Interesse des Kindes darstellen, doch aus unseren Beratungen im Rahmen der Rechtsabteilung des VBE NRW wissen wir auch, dass dies nicht immer der Fall ist.

So gibt es immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Frage beraten lassen möchten, wie sie mit Eltern umgehen, die eine eher freie Definition des gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrages gegenüber dem Kind haben oder Anforderungen an einzelne Kollegen oder die Schule als Ganzes richten, welche weit über das zu erwartende Maß hinausgehen.

Eltern, welche mit der inhaltlichen oder pädagogischen Arbeit der Lehrkräfte nicht einverstanden sind, nehmen zudem schnell selbst juristische Hilfe in Anspruch, um so den eigenen Willen durchzusetzen. Der Fall, dass einer Schulleitung, nachdem sie eine Klassenleitung ausgetauscht hatte, von einem Teil der Elternschaft mit Presse und Klage gedroht wurde, stellt in diesem Zusammenhang noch einen vergleichsweise harmlosen Sachverhalt dar. Auch die „Coronaeltern“ dürften dem einen oder anderen noch bestens in Erinnerung sein.

Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, wie sie von § 42 SchulG NRW gefordert wird, kann in einem solchen Fall kaum noch ausgegangen werden.

Was also kann getan werden?

Zunächst einmal ist wichtig, sich in einer solchen Konfliktsituation mit Eltern nicht in ein gedankliches Hamsterrad sperren zu lassen. Die gute Nachricht an dieser Stelle ist nämlich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Fälle, die an uns herangetragen werden, ein wie auch immer geartetes rechtliches Fehlverhalten der jeweiligen Lehrkraft nicht festgestellt werden kann. Drohungen mit einem Rechtsanwalt oder gar eine Strafanzeige verlaufen entsprechend regelmäßig im Sand.

Dennoch ist es wichtig, bereits in einem frühen Stadium eines herausziehenden Konflikts mit Eltern einige wenige Regeln zu beherzigen. Damit verhindern Sie in vielen Fällen, dass sich der Sachverhalt verselbstständigt.

1. Die Eltern haben nicht zuletzt nach § 9 Allgemeine Dienstordnung einen Anspruch auf Information und Beratung gegenüber den jeweiligen Lehrkräften. Konkret heißt es dort: „An einem Sprechtag im Schulhalbjahr sowie in Sprechstunden oder in Ausnahmefällen an besonders zu vereinbarenden Terminen stehen die Lehrerinnen und Lehrer den Eltern und den für die Berufserziehung Mitverantwortlichen für Rücksprachen und Beratung zur Verfügung“ (§ 9 Abs. 3 Allgemeine Dienstordnung). Eine Konkretisierung dahingehend, dass E-Mails und Anfragen binnen einer bestimmten Frist zu beantworten sind, findet sich im Gesetz nicht, sondern unterliegt insbesondere der Einschätzung der jeweiligen Lehrkraft. Unstreitig sind Lehrkräfte nicht verpflichtet, sich verbale Ausfälle oder Beschimpfungen gefallen zu lassen. Dies sollte entsprechend klar formuliert werden.

2. Erfahrungsgemäß ist es von entscheidender Bedeutung, dass die mit dem Fall betrauten Stellen innerhalb der Schule möglichst frühzeitig in den Austausch treten und eine gemeinsame Position formulieren. Im Zuge dessen kann bereits schulintern geprüft werden, ob Kritik von außen berechtigt ist oder nicht. Insbesondere als Klassenleitung ist es wichtig, weiterhin als primäre Kontaktperson wahrgenommen zu werden. Allzu schnell droht sonst der Satz: „Mit Ihnen rede ich nicht! Ich verlange die Schulleitung zu sprechen!“

3. Dokumentieren Sie im Rahmen von Notizen und Gesprächsprotokollen, sofern erforderlich, den Kontakt zu Eltern, sofern Sie der Meinung sind, dass hier ein handfester Konflikt heraufzieht. Stellungnahmen gegenüber Vorgesetzten können so besser gefertigt werden.

4. Wenden Sie sich als Mitglied des VBE NRW an meine Kollegen oder mich, um eine individuelle Beratung zu bekommen.

Ihr
Joachim Klüpfel-Wilk,
Justiziar VBE NRW



Wir stellen die VBE-Frauenvertretung vor

Die Frauenvertretung NRW unterstützt bei Problemen, von denen die weiblichen Beschäftigten besonders, aber nicht nur, betroffen sind. Dazu gehören zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das Führen in Teilzeit. Diese Themen voranzubringen, hilft auch männlichen Beschäftigten, die z. B. Elternzeit nehmen und somit familiäre Care-Arbeit leisten. Die Schule heute stellt ab dieser Ausgabe das Team der Landesfrauenvertretung vor.



Ute Foit
aus dem Bezirk Köln:

„Eine starke Frauenvertretung innerhalb des VBE ist für mich ein wichtiges Instrument, Frauen in unserem Beruf mit ihren vielfältigen Anliegen und Lebenssituationen sichtbar zu machen. Dafür engagiere ich mich gern.

Zwei Angelpunkte in beruflichen Lebensbiografien von Lehrerinnen sind ausschlaggebend und werden durch den VBE flankiert und unterstützt: zum einen eine angemessene Rückkehr in den Beruf nach einer familiären Beurlaubung/ Elternzeit. Zum anderen müssen Kolleginnen, die Care-Arbeit im familiären Umfeld leisten, eine wertschätzende Unterstützung erfahren.

Eine wichtige Hilfestellung stellt für das Moderatorinnen-Team im Bezirk Köln die konkrete Unterstützung von Kollegien durch die Schulungen der Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen alle Schulformen dar. Eine Transparenz mit schuleigenen Konzepten hilft, hier eine Entlastung für diejenigen Kolleginnen zu schaffen, die in Teilzeit Familie und Beruf vereinbaren wollen, ohne Vollzeitkolleginnen übermäßig zu belasten.“



Sandra Zieß-Junghans
aus dem Bezirk Köln:

„Ich engagiere mich in der Landesfrauenvertretung, weil Frauenförderung auch im öffentlichen Dienst und in Schule nicht stillstehen darf.

Wir brauchen weitere Verbesserungen in der Kinderbetreuung und damit günstigere Rahmenbedingungen, sodass Frauen in Schule wieder mit einem großen Stundenkontingent arbeiten können und somit auch Führungspositionen vermehrt besetzen können.

Die Politik muss endlich erkennen, dass die Arbeitsbedingungen von Frauen in der modernen Gesellschaft stärker beachtet und angepasst werden müssen.

Damit einhergehen muss die Aufwertung des öffentlichen Dienstes durch bessere Bezahlung in den vermehrt von Frauen gewählten Berufen.“



Pia Simone
für den Bezirk Münster:

„Die Berufs- und Studienwahl junger Menschen ist nach wie vor deutlich von Geschlechterstereotypen und Rollenbildern geprägt.

Daher ist es umso wichtiger, dass

Kinder schon in der Grundschule lernen, ihre Fähigkeiten, Neigungen und Interessen zu verfolgen und sich nicht von Rollenklischees beeinflussen zu lassen.

Zentrale Aspekte des klischeefreien Unterrichts sehe ich im bewussten Umgang mit Sprache, im kritischen Reflektieren der Geschlechterstereotype sowie im Miteinbeziehen der Geschlechtervielfalt. Wenn wir diese Punkte in Schule wirksam in den Blick nehmen, haben die Kinder die Möglichkeit, ihre Persönlichkeit (angst-) frei zu entfalten. Frühzeitig werden so die Weichen für eine Chancengleichheit aller Geschlechter bei der Berufs- und Lebensplanung gestellt.

In der VBE-Frauenvertretung wollen wir ein Bewusstsein schaffen für klischeefreien Unterricht und uns für die Umsetzung starkmachen.“

Sie benötigen Hilfe und haben Fragen?

Den Kontakt erhalten Sie auf www.vbe-nrw.de in der Rubrik Kontakte.

In der kommenden Ausgabe stellen wir weitere Mitglieder der Frauenvertretung vor.





© Monkey Business Images / Shutterstock.com

Steigende Schülerzahlen – aktuelle Vorausberechnungen veröffentlicht

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird sich insgesamt bis 2035 gegenüber 2021 von knapp 10,8 Mio. um 921.900 (8,6 Prozent) auf 11,7 Mio. erhöhen. Dies geht aus einem neuen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Absolventen der Schulen für den Zeitraum 2021 bis 2035 hervor, den die Kultusministerkonferenz vorgelegt hat.

Für die Primarstufe wird ausgehend von knapp 3,0 Mio. Schülerinnen und Schülern im Jahr 2021 bis zum Jahr 2035 ein leichter Aufwuchs um mehr als 81.000 (2,7 Prozent) auf etwas über 3,1 Mio. erwartet. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I steigt bis 2035 bundesweit von circa 4,1 Mio. im Jahr 2021 um 510.000 (12,3 Prozent) auf etwas über 4,6 Mio. In der Sekundarstufe II steigt die Schülerzahl von etwas über 3,2 Mio. (2021) bis zum Jahr 2035 auf knapp 3,6 Mio. an (9,5 Prozent).

Quelle: KMK



© Rawpixel.com / Shutterstock.com

2018	2020	2021	2022
27,2 %	29,2 %	29,6 %	30,4 %

Betreuungsquote in der Kita

Am 1. März 2022 nahmen in Nordrhein-Westfalen 157.899 Kinder unter drei Jahren ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, lag die Betreuungsquote der unter Dreijährigen bei 30,4 Prozent.

Diese Quote gibt den Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe wieder. Die U3-Betreuungsquote war damit um 0,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. 2021 hatte sie noch bei 29,6 Prozent, 2020 bei 29,2 Prozent und im Jahr 2018 bei 27,2 Prozent gelegen. Während Anfang März 2022 lediglich 1,1 Prozent aller Kinder unter einem Jahr in Kindertagesbetreuung waren (1.989), lag die Betreuungsquote bei den Einjährigen bei 27,7 Prozent (47.619). Mit einem Anteil von 62,6 Prozent wurde die Mehrheit der Zweijährigen in NRW institutionell betreut (108.291).

Quelle: IT.NRW

Wichtige Info für Mitglieder

Sie sind umgezogen, in Elternzeit, pensioniert, befördert etc.? Bitte teilen Sie jede Änderung der Landesgeschäftsstelle umgehend mit, damit wir Ihren Beitrag anpassen können und Sie u. a. Ihren Versicherungsschutz (Rechtsschutz, Diensthaftpflicht) nicht gefährden. Eine Änderungsmeldung für das nächste Quartal kann später als 14 Tage vor dem nächsten offiziellen SEPA-Termin (s. Beitragsordnung) nicht mehr berücksichtigt werden. Eine rückwirkende Beitragsersatzung ist dabei ebenfalls ausgeschlossen.

Meldung an mitgliederservice@vbe-nrw.de.



Nachtrags- haushalt enthält erste A-13-Stufe

© Jock-scott / photocase.de



© Maren Winter / shutterstock.com

Entlastungen für Pensionärinnen und Pensionäre

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am Dienstag, 20. September 2022, den Entwurf des Nachtragshaushalts 2022 verabschiedet. Mit dem Nachtragshaushalt 2022 geht die Landesregierung noch im laufenden Jahr die im Koalitionsvertrag vereinbarte erste Stufe der schrittweisen Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13 an.

Quelle: Land NRW

Die Bundesregierung hat kürzlich zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um Bürgerinnen und Bürger von den exorbitant gestiegenen Lebenshaltungskosten zu entlasten. So wird es u. a. für Rentnerinnen und Rentner zum 1. Dezember 2022 eine einkommensteuerpflichtige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro geben. Diese Einmalzahlung wird ebenfalls an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes ausgezahlt. Der DBB NRW hatte dies begrüßt, forderte aber die Landesregierung in NRW auf, die Energiepreispauschale kurzfristig auch an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in NRW auszus zahlen. NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) kündigte nun an, dass auch die Pensionärinnen und Pensionäre des Landes NRW eine Energiepauschale von 300 Euro erhalten sollen.

Quelle: DBB NRW

Diesen ersten Schritt zur Wertschätzung und Aufwertung unseres verantwortungsvollen Berufes begrüßt der VBE ausdrücklich. Gerade wegen der schwierigen Lage ist es nur folgerichtig, stärker in Bildung zu investieren. Ohne ausreichend Lehrkräfte wird sich der Fachkräftemangel nur verstärken. Nach den vielen Jahren folgenloser Ankündigungen ist es erfreulich, dass es jetzt konkreter wird. Eigentlich hätten entsprechende Änderungen bereits im Jahr 2009 nach der Änderung des Lehrkräfteausbildungsgesetzes erfolgen müssen. Leider mussten erst eine Pandemie und der spürbare Fachkräftemangel der Politik die Dringlichkeit vor Augen führen.

Jetzt gilt es, die Gesetzesvorlage genau unter die Lupe zu nehmen. Hier ist auch der Landtag gefragt. Wir erwarten, dass im Gesetzentwurf noch offene Fragen beantwortet werden. Unklar ist die Behandlung der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Und auch Fragen bezüglich der Laufbahn und beispielsweise der Beförderungssämter müssen beantwortet werden.

Mehr zu den Aktionen des VBE im Rahmen der Kampagne „Stau auf der A13“ finden Sie unter www.vbe-nrw.de.

Beratung

Als Mitglied des VBE NRW können Sie sich bei versorgungsrechtlichen Fragen an die Rechtsabteilung des VBE wenden. Eine Berechnung des Ruhegehalts bei Pensionierungen oder Dienstunfähigkeit ist ebenfalls kostenlos möglich. Wenden Sie sich dazu bitte an unsere Mitarbeiterin in der VBE-Geschäftsstelle, Andrea Schubert: a.schubert@vbe-nrw.de.

Realität ausgeblendet:

Infektionsschutz erneut unbefriedigend!

Auch und trotz Überarbeitung bleibt das Infektionsschutzkonzept für Schulen weit hinter den Erwartungen zurück und die Realität im Schulalltag hat scheinbar erneut keine Rolle bei der Planung möglicher Maßnahmen gespielt. Als Bundesgesundheitsminister Lauterbach und Bundesjustizminister Buschmann die Beschlüsse des Bundeskabinetts präsentierten, hatte sie die bittere Realität bereits eingeholt. So war die medienwirksame Verkündung, dass es keine Schulschließungen mehr geben werde, längst von dem Umstand konterkariert, dass in Mecklenburg-Vorpommern bereits erste Klassen in den Distanzunterricht geschickt werden mussten, da schlichtweg nicht genug Lehrkräfte vorhanden und gesund waren, um eine Beschulung in Präsenz aufrecht erhalten zu können.

Hierzu äußerte sich der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, folgendermaßen: „Der Bundesgesundheitsminister lehnt sich angesichts dessen, was wir bereits jetzt aus einigen Schulen mitbekommen, weit aus dem Fenster, wenn er anscheinend kategorisch ausschließt, dass es zu Schulschließungen kommen kann. Wir wissen, dass bei entsprechendem Infektionsgeschehen unter Lehrkräften oder innerhalb der Schülerschaft, die Schließung von Lerngruppen oder ganzer Schulen immer wieder unumgänglich waren und auch wieder sein werden. Teilweise wird dies bereits jetzt sichtbar und spätestens dann, wenn die sowieso schon zu dünne Personaldecke krankheitsbedingt endgültig reißt, wird dies zu einer bundesweiten Herausforderung. Wann endlich nimmt die Politik zur Kenntnis, wie die tatsächliche Situation an den Schulen ist?“

Erneut weist der Gesetzentwurf aus bildungsgewerkschaftlicher Perspektive entscheidende Lücken auf. Besonders der Umstand, dass bereits jetzt und ohne zu wissen, welchen Verlauf die Corona-Pandemie in den kommenden Monaten tatsächlich nehmen wird, schon kategorisch letzte Mittel zur Offenhaltung von Schulen, wie die eingeschränkte temporäre Möglichkeit zur Umsetzung einer Maskenpflicht an Grundschulen ausgeschlossen werden, ist schwer nachvollziehbar. Auch der Schutz der Lehrkräfte hat scheinbar keinen Platz im Entwurf gefunden. Hierzu Beckmann: „Betroffen macht mich, dass der Schutz des Beschäftigten in den Ausführungen beider Bundesminister keine erkennbare Rolle gespielt hat.“ Ebenfalls warnte er davor, dass die Verantwortung für die Umsetzung möglicherweise notwendiger Infektionsschutzmaßnahmen an Schulen und deren Vermittlung nicht wie bisher auf das pädagogische Personal, das dafür keine Verantwortung trägt, abgeschoben werden dürfe. Ansonsten würden die dadurch vorprogrammierten Konflikte, die wir bereits aus den letzten Jahren kennen, die Schulen zusätzlich zum bestehenden Personalmangel und zu den Herausforderungen bei der Betreuung und Beschulung geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher stark belasten und Schulleitungen und Lehrkräfte würden damit abermals zur Zielscheibe sogenannter Querdenker.

Bundesweiter Vorlesetag: VBE und VBE Bundesseniorenvertretung werben für Engagement

Geschichten verbinden – doch viele Kinder erleben zu Hause leider nicht oder selten, wie schön Vorlesen ist.

Deshalb gibt es seit 2004 den Bundesweiten Vorlesetag. Zusammen mit der Stiftung Lesen rufen der VBE Bundesverband und die VBE Bundesseniorenvertretung ihre Mitglieder im Ruhestand auf, sich am diesjährigen Vorlesetag zu beteiligen. Dieser findet am 18. November 2022 statt und wird bundesweit durchgeführt. Mehr über die Aktion und die Möglichkeiten, unter dem diesjährigen Motto »Gemeinsam einzigartig« am Bundesweiten Vorlesetag teilzunehmen, erfahren Sie unter www.vorlesetag.de

Am 18. November 2022 ist Vorlesetag

Ich lese vor! Du auch?



Keine Einsparungen zulasten der frühkindlichen Bildung!

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts, über das sogenannte „Kita-Qualitätsgesetz“ binnen der kommenden zwei Jahre dringend benötigtes Geld in die Qualität und das Personal von Kitas zu investieren. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, kommentiert dazu: „Die Förderung der Kitas ist ein elementar wichtiger und dringend notwendiger Schritt, gerade angesichts der anhaltenden Überlastung des Personals. Der VBE begrüßt ausdrücklich, dass zur Verfügung gestellte Gelder nicht mehr für die Senkung von Elternbeiträgen genutzt, sondern zukünftig ausschließlich den Kitas zugutekommen soll. Damit ist eine langjährige Forderung des VBE endlich umgesetzt worden. Trotz dieser Verbesserung reicht es nicht aus, von Förderprogramm zu Förderprogramm zu hetzen. Eine langfristige Perspektive und die notwendige Aufwertung des Berufsbildes zur Gewinnung neuer Fachkräfte kann es nur geben, wenn grundlegende und strukturelle Verbesserungen für den Arbeitsalltag von Erzieherinnen und Erziehern umgesetzt werden.“

Kritik äußerte Beckmann in diesem Kontext nochmals zur Entscheidung der Bundesregierung, dass Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ auslaufen zu lassen: „Gerade wenn man sich vor Augen führt, dass im Koalitionsvertrag vereinbart steht, die Förderung von Sprach-Kitas weiterzuentwickeln und zu verstetigen, so ist die jetzige Entscheidung ein Skandal. Dadurch, dass die Verantwortung mit einem harten Schnitt an die Länder delegiert wird, werden gewachsene und bewährte Strukturen gefährdet und es wird mehr anstatt weniger Bildungsungerechtigkeit geschaffen. Dass Gelder aus dem Kita-Qualitätsgesetz jetzt für zusätzliches Personal zur Sprachförderung genutzt werden können, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier verschiedene Interessen gegeneinander ausgespielt und ein Verteilungskampf befeuert wird, wohlwissend, dass es gerade bei der Sprachförderung verbindliche, abgesicherte und ausreichende Förderzusagen braucht.“

Kein ganz alltäglicher Besuch

Ein internationaler Hauch wehte durch die Bundesgeschäftsstelle des VBE, als der Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, Megan Cheah, Journalismusstudentin an der Nanyang Technological University (NTU) in Singapur empfing und Rede und Antwort dazu stand, wie es um die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Deutschland bestellt ist. Die Dolmetscherin Maryna Vynokurova, die selbst vor dem Grauen des russischen Angriffskrieges fliehen musste, unterstützte tatkräftig bei der internationalen Verständigung. Das Gespräch fand im Rahmen des Projekts „Going Overseas for Advanced Reporting (Go-Far)“ statt, welches, unterbrochen durch die Corona-Pandemie, jährlich in unterschiedlichen Ländern und mit wechselnden thematischen Schwerpunkten stattfindet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse in Singapur steht noch aus.



v. l.: Maryna Vynokurova, Megan Cheah, Udo Beckmann

VBE Ehrevorsitzender Dr. Ludwig Eckinger verschenkt Pestalozzi-Maske an BLLV

Die Porträtmaske des bedeutenden Pädagogen und Vordenkers ganzheitlicher Erziehung, Johann Heinrich Pestalozzi, hat eine neue Heimat erhalten. Durch die großzügige Schenkung des VBE Ehrevorsitzenden, langjährigem VBE Bundesvorsitzenden und Vizepräsidenten

des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Dr. Ludwig Eckinger, ist sie fortan in der Geschäftsstelle des BLLV zu sehen. Übergeben wurde die Maske im Rahmen eines Festaktes in München. Sie fand nach einer langen Geschichte über eine engagierte ukrainische Lehrerin, die die Maske vor vielen Jahren Dr. Eckinger überließ, jetzt ihren Weg in den BLLV.

v. l.: Der VBE Ehrevorsitzende Dr. Ludwig Eckinger zusammen mit BLLV Präsidentin Simone Fleischmann beim Festakt zur Übergabe der Pestalozzi-Maske in München



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

STARKE Bildung STARKE Menschen

Delegiertenversammlung 2022

„STARKE Bildung, STARKE Menschen“ – so lautet das Motto der Delegiertenversammlung 2022 des VBE NRW. Im Goldsaal der Westfalenhallen Dortmund werden hier erneut die Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt.

Am Freitag, dem 25. November 2022, findet der öffentliche Teil der Delegiertenversammlung 2022 des VBE NRW statt.

Gastredner ist u. a. Dr. Moritz Kirchner, Doktor der Politikwissenschaften, Diplompsychologe, Kommunikations- und Verhaltenstrainer.

Moderiert wird die Veranstaltung von Lothar Guckeisen.

Der VBE freut sich auf seine Gäste aus Politik und Wirtschaft sowie auf seine Delegierten aus den Stadt- und Kreisverbänden.



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.

Studienstiftung Rheinfrieden

Ende August fand die Klausurtagung der Studienstiftung Rheinfrieden in der alten Rheinprovinz Düsseldorf statt.

Der Freitagabend startete nach der ersten Arbeitssitzung mit einer interessanten Führung durch das wunderschöne Kaiserswerth, bei der die Geschichte der Diakonie im Ort erläutert wurde. Am nächsten Tag besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Medienhafen und den Rheinturm und besuchten nach der zweiten Arbeitssitzung am Abend das Theater „Kom(m)ödchen“. Den Abschluss bildete die gemeinsame Messe in St. Suitbert in Kaiserswerth.

Dabei standen nicht nur der gemeinschaftliche Austausch und das gelungene kulturelle Programm auf der Tagesordnung, sondern auch noch zwei Arbeitssitzungen.

In den Sitzungen wurden umfangreiche Maßnahmen zur Sanierung des Hauses Rheinfrieden in Rhöndorf beschlossen sowie über die finanzielle Unterstützung zahlreicher pädagogischer VBE-Veranstaltungen informiert. Ebenfalls freuen können sich zahlreiche Studierende, die über



die Studienstiftung Rheinfrieden mit Stipendien unterstützt werden.

Wenn Sie ebenfalls ein Kind haben, welches zurzeit Lehramt, Sozialpädagogik oder katholische bzw. evangelische Theologie studiert und Sie im Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz (Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, ehemals Aachen, Koblenz und Trier) wohnen, so können Sie ebenfalls einen Antrag auf ein zinsloses Darlehen stellen.

Informationen erhalten Sie beim Vorsitzenden der Studienförderung Rheinfrieden, Herrn Rektor a. D. Bernd Schäfer (studienfoerderung-rheinfrieden@t-online.de).



Im Vergleich zur letzten Veranstaltung war der Besuch geringer, aber 20 Personen als Teilnehmende ist ja auch schon eine stattliche Anzahl. Eingeladen hatte der Seniorenvertreter des VBE-Kreisverbandes Olpe ①, **Achim Florath**, und zwar zu einem Aufklärungsgespräch mit dem **Kriminalhauptkommissar Meinerzhagen** von der polizeilichen Beratungsstelle und dem Opferschutz in Olpe über die aktuelle Kriminalitätslage, über Tricks der Ganoven wie Trick-

diebstähle, Haustürgeschäfte, „Enkeltrick“ oder „Horroranrufe“ usw. Der Kommissar fand für seine sachkundigen Ausführungen ein aufmerksames Publikum, das dabei auch von eigenen unangenehmen Erlebnissen mit kriminellen Versuchen berichten konnte, zumal die Zuhörer/-innen sich in einem Alter befinden, wo die Ganoven glauben, leicht Beute machen zu können. Die Anwesenden konnten auf Erfahrungen von 1.560 Lebensjahren zurückblicken, also mit einem Altersdurchschnitt von 78 Jahren, wobei zwei Teilnehmer 88 Lebensjahre einbrachten.

Trotz dieses fortgeschrittenen Alters zeigten die unverzagten Pensionärinnen und Pensionäre ein reges Interesse

Der rührige Gestalter der nachmittäglichen Gesprächsrunde, Achim Florath, bedankte sich schließlich bei allen, die seiner Einladung gefolgt waren, und schloss die Runde mit einem aufrichtigen Dank an den Hauptkommissar. Beide wurden mit einem zustimmenden Applaus bedacht.

Günther Gröger, Wenden

Im Juni fand nach zwei Jahren die Jahreshauptversammlung des VBE-Stadtverbandes Hagen ② wieder in Präsenz statt.

An diesem Tag gab **Sabine Klimmek** ihren Vorsitz an **Claudia Hartleb** weiter. **Tomas Mahlmann-Rasgadinho** wurde als stellvertretender Vorsitzender neu gewählt.

Gabi Vent-Schoppen kümmert sich in Zukunft um den Jungen VBE und das Seminar in Hagen.



von links: Gabi Vent-Schoppen, Sabine Klimmek, Claudia Hartleb, Tomas Mahlmann-Rasgadinho

Anzeige

<p>Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken ■ Baufinanzierungen echt günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>		<p>NEUER exklusiver Beamtenkredit</p> <p>2,50% echter Vorteilszins ***** effektiver Jahreszins</p> <p>SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!</p> <p>Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen</p>	<p>- Unser bester Zins aller Zeiten</p> <p>Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.</p>	<p>Sensationell günstig</p> <p>AK FINANZ</p> <p>Exklusivzins sehr gut</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178180-0 info@ak-finanz.de www.AK-Finanz.de</p>
---	---	--	--	---



Die Bezirksversammlung des VBE-Bezirksverbandes Düsseldorf ③ am 23. August 2022 beschäftigte sich eingehend mit dem neuen Zukunftsprogramm des VBE „Starke Bildung, starke Menschen“.

Anne Deimel und **Stefan Behlau** erläuterten den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Stadt- und Kreisverbände die Entwicklung des neuen Programms und welche Überlegungen, Zeitabläufe und Vorarbeiten dem vorliegenden Entwurf zugrunde liegen. Im Verlauf der anschließenden engagierten und sachlichen Diskussion wurden natürlich auch einige Aussagen der Texte hinterfragt und Ergänzungen vorgeschlagen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren auf diesen Tagesordnungspunkt offensichtlich sehr gut vorbereitet und lobten die Arbeit der Autoren und Autorinnen und vor allem den Einsatz von Deimel als Hauptverantwortliche für den Entwicklungsprozess.

Das neue VBE-Zukunftsprogramm, das im November von der Landesdelegiertenkonferenz verabschiedet werden soll, unterscheidet sich in seiner Entstehung deutlich von seinen Vorgän-

gern. Die intensive Mitarbeit der Referate, der Austausch über die ersten Textentwürfe mithilfe einer Online-Plattform und die Beteiligung der Bezirkskonferenzen machen das neue Zukunftsprogramm zu einem Konzept, das von den Mitgliedern getragen und gelebt wird. Dies stellten auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Diskussion sehr deutlich und anerkennend heraus.



Im Rahmen der Bezirkskonferenz nutzte der Bezirksvorsitzende **Winfried Godde** auch die gute Gelegenheit, sich im Namen des Bezirksvorstands ganz herzlich und mit persönlichen Worten bei **Regina Trampnau** (links auf dem Foto) als ehem. Mitglied im Bezirksvorstand und **Patricia Holthausen**, ehem. Stadtverbandsvorsitzende Düsseldorf, für ihre erfolgreiche, engagierte und langjährige Arbeit zu bedanken. **Silke Sondermann** war kurzfristig verhindert und konnte so als Vorsitzende des Stadtverbandes Essen leider nicht in großer Runde verabschiedet und gewürdigt werden.

Wie jedes Jahr ehrt der Ortsverband Lüdenscheid ④ seine Jubilare. In diesem Jahr waren es fünf Jubilare, davon eine 50-jährige Mitgliedschaft, zwei 40-jährige und zwei 25-jährige Mitgliedschaften. Normalerweise bekommen die zu Ehrenden im Rahmen der Jahreshauptversammlung ihre Urkunden feierlich überreicht. In diesem Jahr fand diese pandemiebedingt mal wieder online statt. Die Vorsitzende, **Sabine Jürgens**, konnte den Jubilar **Hans-Joachim Neufert** virtuell auf der Jahreshauptversammlung begrüßen und ihn für seine 40-jährige Mitgliedschaft ehren. Viele Jahre hat er in unterschiedlichen Gremien, u. a. ÖPR, HPR, Ortsvorstand, Vertreter bei der AEED (Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland) den VBE vertreten und so die Geschicke des Verbands mitgelenkt. Jürgens dankte ihm für seine langjährige, wertvolle Mitarbeit und freut sich, dass er bis heute den Ortsvorstand unterstützt. Den anderen Jubilaren sandte Jürgens die Urkunden des Landesverbandes verbunden mit guten Wünschen und einer kleinen Aufmerksamkeit zu.



Frau Klenk (Vorstandsmitglied OV Lüdenscheid) überreichte Hans-Joachim Neufert die Urkunde und eine kleine Aufmerksamkeit.



Ich lerne Deutsch

Band 1

Mit der Reihe „Ich lerne Deutsch“ erhalten Sie eine Auswahl thematisch sortierter Kopiervorlagen, die den Kindern die wichtigsten deutschen Vokabeln und einfache grammatische Regeln vermitteln.

Die Materialien sind sofort einsetzbar und ermöglichen Kindern mit Migrationshintergrund einen sicheren Zugang zum Deutschunterricht. Sie können ab Klasse 1 verwendet werden, eignen sich aber auch bestens für Seiteneinsteiger, die zu einem späteren Zeitpunkt die Sprache erlernen müssen.

Zielgruppe: ab 1. Klasse

Heft, 44 Seiten

Bestellnummer: 2131

Preis: 15,50 Euro



Ich lese Deutsch

Systematische Leseförderung für DaZ in der Grundschule

von Sonja Thomas

Die Reihe „Ich lese Deutsch“ knüpft thematisch an „Ich lerne Deutsch“ an, kann jedoch auch unabhängig davon eingesetzt werden. Die Materialien unterstützen in erster Linie die Leseförderung und helfen vor allem Kindern mit Migrationshintergrund dabei, einfache Sätze und Texte zu verstehen und die gelesenen Informationen zu verarbeiten.

Die Arbeitsblätter sind nach unterschiedlichen Aufgabentypen sortiert und so konzipiert, dass sie mehrere Lesekompetenzstufen abdecken. *Zielgruppe: ab 1. Klasse*

Heft, 24 Seiten

Bestellnummer: 2132

Preis: 9,50 Euro



DaZ Fit

Deutsch lernen mit der Wort-Bild-Satz-Methode

Die farbigen Karteikarten im DIN-A5-Format aus „DaZ Fit: Deutsch lernen mit der Wort-Bild-Satz-Methode in der Grundschule“ bieten verschiedene Beispiele alltäglicher Verben und Nomen in unterschiedlichen Kontexten und Dialogsituationen. Die Wort-Bild-Satz-Methode erleichtert dabei das Lernen der Vokabeln durch viele farbige Bilder. Somit sind die Materialien für jedes DaZ-Kind unabhängig von der Muttersprache einsetzbar! Auf der beiliegenden CD werden alle Vokabeln und Sätze vorgelesen, was ein Hören der richtigen Aussprache und ein anschließendes Nachsprechen ermöglicht.

Ergänzend zu der Kartei üben die Schülerinnen und Schüler die Vokabeln mithilfe der passenden Kopiervorlagen. Hier werden die gelernten Verben und Nomen von den Bildkarten wiederholt und in neuen Zusammenhängen und eigenen Sätzen vertieft.

Zielgruppe: 1.-4. Klasse

Karteikarten inkl. CD

Bestellnummer: 2134

Preis: 16,50 Euro

Kopiervorlagen

Bestellnummer: 2133

Preis: 12,50 Euro

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Bestellungen bitte über den Online-Shop

www.vbe-verlag.de



VBE Verlag NRW GmbH



Nachtragshaushalt enthält erste A13-Stufe

„Nach den vielen Jahren folgenloser Ankündigungen ist es erfreulich, dass es jetzt konkreter wird. Eigentlich hätten entsprechende Änderungen bereits im Jahr 2009 nach der Änderung des Lehrkräfteausbildungsgesetz erfolgen müssen. Leider mussten erst eine Pandemie und der spürbare Fachkräftemangel der Politik die Dringlichkeit vor Augen führen.“

Jetzt gilt es, die Gesetzesvorlage genau unter die Lupe zu nehmen. Hier ist auch der Landtag gefragt. Wir erwarten, dass im Gesetzentwurf noch offene Fragen beantwortet werden. Unklar ist die Behandlung der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Und auch Fragen bezüglich der Laufbahn und beispielsweise der Beförderungssämter müssen beantwortet werden.“

Stefan Behlau

Vorsitzender des VBE NRW

Mehr dazu auf www.vbe-nrw.de

Richtig. Wichtig. VBE.

VBE

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e. V.